

und die Reduzierung der nichtmarxistischen Antisemitismustheorie auf „Vurteilsforschung“ grenzt an Arroganz. Auch zeigt *Hanloser* wenig Gespür für die Transformationen des postnational-sozialistischen Antisemitismus. Nur so kann er zu einer antisemitismustheoretisch wohlwollenden Analyse beispielsweise der ‚No Globals‘ und ihrer Perzeption der USA, Israels und des Kapitalismus kommen.

Drittens führt der interessante Fokus auf den Zusammenhang von Antisemitismus und Krise zu einer kausalen Verabsolutierung, welche antisemitische Kontinuitäten und Antisemitismus im ökonomischen ‚Normalbetrieb‘ aus dem Blick verliert. Gerade der NS-Antisemitismus kann unter dem Paradigma der ökonomischen Krise nur unzureichend erfaßt werden.

Viertens erfahren die Leserinnen und Leser wenig über die Spezifik eines bis zur Shoah betriebenen Antisemitismus, außer, daß „die Krise“ dorthin geführt habe. Der stark schematisch theoretisierende Zugang bringt *Hanloser* gefährlich in die Nähe dazu, den Weg in die Shoah als Automatismus zu beschreiben. Dies hätte durch eine vergleichende Perspektive über den Zusammenhang von Krisen und Antisemitismus in anderen Nationalstaaten vermieden werden können.

Dem Buch hätte es gut getan, stärker vom empirischen Gegenstand Antisemitismus auszugehen und dann Theorien der Erklärung zu prüfen. Statt dessen verbleibt der Versuch, ein theoretisches Modell empirisch zu prüfen halbherzig. Vom Anspruch aus dabei eher sozialgeschichtlich, folgt die Argumentation ideengeschichtlichen Mustern, wobei die Auseinandersetzung mit Nietzsche und der Nietzsche-

Rezeption einen etwas rätselhaften Seitenstrang darstellt, eine kaum systematisch integrierte Abarbeitung an Zitate. Die Leistung des Buches liegt nichtsdestoweniger in der theoretischen Zusammenführung von Strängen der Regulations-, Wert- und Krisentheorie, kritischer Theorie und Antisemitismustheorien und dem Aufzeigen von Anschlußstellen an die historische Empirie.

Jonas Pfau

1 M. Postone, Nationalsozialismus und Antisemitismus. Ein theoretischer Versuch, in: Diner, Dan (Hg.), Zivilisationsbruch. Denken nach Auschwitz, Frankfurt a. M 1988.

Thomas Koinzer: Wohnen nach dem Krieg. Wohnungsfrage, Wohnungspolitik und der Erste Weltkrieg in Deutschland und Großbritannien (1914–1932), Duncker und Humblot, Berlin 2002, 407 S.

Sozialer Wohnungsbau, Mieterschutz und staatliche Interventionen in den Wohnungsmarkt erscheinen uns als Errungenschaften des heutigen Sozialstaates. Um so bemerkenswerter ist die eigentliche Entstehungsgeschichte der staatlichen Wohnungspolitik. Nicht der Sozialstaat, sondern der Erste Weltkrieg brachte diese Neuerungen mit sich. Nicht die Mieter, deren Familien und der soziale Friede standen dabei im Mittelpunkt des Interesses, sondern die Sorge um Kampfkraft und Motivation der Truppe veranlaßte die britischen und deutschen Eliten dazu, sich mit Wohn- und Mietfragen der Bevölkerung zu befassen. So ließe sich jedenfalls die recht viel versprechende

Hauptthese der Arbeit *Koinzers* zusammenfassen.

Er beschäftigt sich in seiner Dissertation mit der frühen Wohnungspolitik in Deutschland und Großbritannien. Der Titel des Buches verspricht einen bilateralen Politikvergleich, der durchaus ein Baustein für eine europäische Geschichte des Wohnens hätte werden können, doch leider kommt das Buch nur in Ansätzen über den Vergleich der Protagonisten des Buch, den „Bund Deutscher Bodenreformer (BDB)“ und den Leuten um den englischen Liberalen Lloyd George, hinaus. Die Ausflüge zu anderen Akteuren und Entwicklungen fallen nur sehr spärlich aus.

„Das Wohnen im Krieg, die Wohnungsfrage zwischen nationaler innerer Befriedungspolitik und gewachsener sozialer Verpflichtung stellte die kommunale und staatliche Zurückhaltung in Frage.“ (S. 14) Das gute und sichere Wohnen wurde auf beiden Seiten zum wichtigen Element der gesamtgesellschaftlichen Wehrhaftmachung, die durch den Ersten Weltkrieg, als ersten totalen Krieg der Geschichte, erforderlich wurde. Die sich stetig verschlechternde Lage der Soldatenfamilien löste die staatlichen Ambitionen bei der Wohnungspolitik aus. In den Städten mit kriegswichtiger Industrie stiegen wegen des wachsenden Personalbedarfs die Mieten. Den Familien, denen durch den Krieg einer oder gar der einzige Verdienner zunächst verloren ging, fiel es zunehmend schwerer ihre Wohnungen halten zu können. Man befürchtete einen starken Motivationsverlust der Truppe, wenn bekannt würde, wie die Heimat mit den Soldatenfamilien umging und sah sich gezwungen einzugreifen. In England wurde die Lage sogar so dramatisch,

daß es zu Mieterstreiks und Massenprotesten kam, worauf hin sich die dortige Regierung gezwungen sah, dem Druck der Straße nachzugeben, da auch die kriegswichtige Industrie unter diesen Konfrontationen zu leiden begann.

Unterschiede zwischen Großbritannien und Deutschland lagen hauptsächlich auf der Akteursebene. In Großbritannien kamen die Initiativen für eine staatliche Wohnungspolitik aus den Reihen liberaler Parlamentarier, in Deutschland hingegen aus verschiedenen Vereinen und Verbänden. *Koinzer* betrachtet im Falle von Deutschland den „Bund Deutscher Bodenreformer (BDB)“, der einen Weg zwischen „Mammonismus und Kommunismus“ suchte und eine Verstaatlichung des Bodens forderte, um dort dann mittels staatlicher Förderung Einfamilien- und Mietshäuser entstehen zu lassen, die den „Frontkämpfern“ und deren Familien als Belohnung für den Dienst am Vaterland preisgünstig zur Verfügung gestellt werden sollten.

Der BDB war in seiner Argumentation jedoch recht flexibel. Forderte er vor dem Krieg „Heimstätten“ im Zuge einer allgemeinen Bodenreform, die es jedem ermöglichen sollten, sein eigenes preiswertes Heim auf öffentlichem Grund zu erwerben, so wurden die Argumente während des Ersten Weltkrieges umgemünzt.

Aus den „Heimstätten“ wurden „Kriegerheimstätten“, und aus dem eigenen Stück Land, das laut BDB die Kulturbedürfnisse befriedigen sollte, wurde das Stück Land für den „Verteidiger von Heimat und Freiheit“ und dessen Familie. Die „Kriegerheimstätte“ stand unter dem „Leitgedanken von ‚Belohnung‘ und ‚Pflicht‘“ (S. 100) des

Staates gegenüber seinen Soldatenfamilien und sollte sich auf diese Weise positiv vom Umgang des Staates mit den Heimkehrern vom deutsch-französischen Krieg unterscheiden, wo „die heimkehrenden Kriegsteilnehmer und ihre Familien, verderblichem Wohnungselend, zum Teil sogar völliger Obdachlosigkeit preisgegeben“ (S. 110) waren. Jedoch wurden die „Heimstätten“, „Kriegerheimstätten“ oder später auch „Reichsheimstätten“ nicht, wie es der BDB erhoffte, zur wichtigsten Stütze des Wohnungsbaus in der Nachkriegszeit, denn an diese Häuser waren Bedingungen für den Wiederverkauf geknüpft, die deren Erwerb recht unattraktiv machten.

In Großbritannien gab es eine ähnliche Reformbewegung. Der liberale Politiker Lloyd George war die führende Persönlichkeit in der britischen Bodenreformbewegung. Seine Schriften wurden auch in Deutschland publiziert, was von einer gegenseitigen Beeinflussung der Bodenreformer in beiden Ländern zeugt. In Deutschland wurden sie „als positives Beispiel von den britischen Inseln zur Unterstützung ihres ‚Kampfes‘“ (S. 168) angesehen. Lloyd George schlug vor, daß hohe Steuern auf Grund und Boden erhoben und das Land verteilt werden sollte. Damit erhoffte er eine Einschränkung der Macht der Großgrundbesitzer, denn ihnen wurde die Verantwortung für Landflucht, Armut, Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot zugeschrieben. Ab 1908 war Lloyd Schatzkanzler der liberalen Regierung, unter der es zum Ausbau des Sozialstaates kam. Diese Regierung rief eine Kommission ins Leben, die die Thesen Lloyds zur Landverteilung als Lösung der sozialen Probleme, bestätigen sollte. Wie in

Deutschland wurde auch in Großbritannien während des Krieges eine Mietkontrolle eingeführt, um den steigenden Mieten in den Städten und deren Folgen Herr zu werden. Die englischen Bodenreformer waren zudem ebenso flexibel in der Begründung ihrer Forderungen. Waren sie in der Vorkriegszeit durchweg als soziale Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der Bevölkerung angepriesen, wurden sie in der Kriegszeit auch zur militärischen Größe umgemünzt. Auch trat dort allmählich der Gedanke der „Erlösung der ‚Schulden‘ des Staates bei seinen Soldaten“ (S. 202) in den Vordergrund. Wer gedient hatte, sollte als Belohnung in der Nachkriegszeit angenehm wohnen können. Trotz all der Selbstverpflichtungen der britischen Regierungen, „homes for heroes“ zu schaffen, hatte das wohnungspolitische Programm hier ebenso nicht den erwünschten Erfolg. „Die Kriegsheimkehrer waren 1920/21 wieder Teil der ‚normalen‘ Bevölkerung, und ‚heldenhaft‘ war schließlich die ganze Nation, die den Krieg gewonnen hatte.“ (S. 356) Vielen Heimkehrern und ihren Familien (insgesamt etwa 86.000 Menschen) blieb lediglich die Auswanderung in die britischen Dominien und Kolonien, die der Staat durch freie Passagen als Wiedergutmachung begünstigte.

Die Forderung nach besseren Wohnmöglichkeiten war in beiden Ländern schon vor dem Ersten Weltkrieg in vielfältiger Art existent. Was zuvor auf zivile Weise angepriesen wurde, wurde während des Krieges in die generelle Propaganda eingegliedert und sollte zur Motivation der Soldaten und ihrer Familien dienen. Beiden Politiken ist eines gemein: Sie waren weit

weniger erfolgreich, als es ursprünglich geplant war. Die Belohnung der „Krieger“ stand nur auf dem Papier. Die Realität sah häufig anders aus.

Leider gelang es *Koinzer* nicht, mit seiner Arbeit das zu erfüllen, was der verheißungsvolle und vielleicht aus Marketinggründen gewählte Titel versprach. Ein umfassendes, befriedigendes Fazit bleibt er dem Leser schuldig, denn dem Werk fehlt die Abstraktionsebene, auf der die gesammelten Daten zu einem schlüssigen Gesamtkonstrukt verwoben werden. Durch seinen statistischen Detailreichtum kann „Wohnen nach dem Krieg“ zu einer fruchtbaren Materialgrundlage für spätere Arbeiten auf dem Gebiet der Geschichte des Wohnens werden. Es ist für jene Leser, die in ähnlichem Themengebiet arbeiten, wegen des statistischen Fundaments von besonderer Relevanz.

Falk-Thoralf Günther

Religion und Nation. Nation und Religion. Beiträge zu einer unbewältigten Geschichte, hrsg. von Michael Geyer und Hartmut Lehmann (= Bausteine zu einer Europäischen Religionsgeschichte im Zeitalter der Säkularisierung; 3), Wallstein, Göttingen 2004, 474 S.

Der Band, der auf Vorträgen einer Tagung im Göttinger Max-Planck-Institut im Juni 2001 basiert, versammelt 18 Beiträge US-amerikanischer und deutscher Nachwuchshistoriker. 13 Aufsätze sind auf englisch, 5 auf deutsch verfaßt. Lesenswert ist der Band vor allem deswegen, weil er direkte Wege zu einem pragmatischen Zusammen- und Ineinanderdenken von Religion und

Nation eröffnet, was der zwischen Säkularisierungs- und Substitutionstheorien hin- und herlappenden deutschen Diskussion, wovon auch der gewichtige Untertitel Zeugnis ablegt, nicht gerade zu eigen ist.

Zunächst: Nation und Religion „verhalten“ sich zueinander, irgendwie. Ostmitteleuropa ist in besonderer Weise ein „Labor“ für Beobachtungen dieser Art. *Klaus Buchenau* zeigt, wie nach 1918 der kroatische Katholizismus in Opposition zur serbisch-orthodoxen Kirche und zum Jugoslawismus zum nationalen Ersatzmedium aufstieg und nach 1945 auch als anti-kommunistische Formel taugte. *Paul Hanebrink* sieht in Ungarn für die Zwischenkriegszeit einen „Christian-nationalism“ das „wahre“ Magyarentum definieren. Als „cultural code“ (Shulamit Volkow) diene dabei der Antisemitismus; ungarische Christen fanden keine Sprache für die ungarischen Juden als Ungarn mehr.

Der Raum Schlesien, Silesia, Śląsk ist ein gutes, lange vernachlässigtes Fallbeispiel, weil hier politische, konfessionelle, sprachliche und ethnische Spannungspotentiale zusammenwirken. *Robert F. Hogg* untersucht den „Lügenfeldzug“ („smear campaign“), den die liberal-antiklerikale Presse zur Zeit des Preußisch-Österreichischen Krieges 1866 gegen die schlesischen Katholiken führte. Die Stellung des Breslauer Bischofs war in der Tat delikat, lagen Teile seiner Diözese doch auf österreichischem Territorium. Die Beschuldigungen, er habe die habsburgische Seite finanziell ausgestattet, oder zumindest eine Spionage seiner Priester geduldet, wurden von der preußischen Regierung nicht aufgegriffen: der „Deutsche Krieg“ wurde nie